

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur

Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung

Band: - (2003)

Heft: 4

Artikel: Meilensteine der Modernisierung : die Mediationszeit im nördlichen Graubünden

Autor: Hitz, Florian

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-398817>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Meilensteine der Modernisierung

Florian Hitz

Die Mediationszeit im nördlichen Graubünden

Welche Folgen hatte die Mediation für Graubündens innere Verhältnisse? Man neigt vielleicht zur Annahme, mit der Kantonsgründung seien die wesentlichen Probleme der Bündner Geschichte gelöst worden; mit dem neuen Staatswesen und dem definitiven Anschluss an die Eidgenossenschaft habe Graubünden seine vorbestimmte Form gefunden: seine heutige Form in etwa. Eine ähnliche Auffassung äusserte bereits Jakob Ulrich von Sprecher in seiner Rede zur Eröffnung der ersten Grossratssession am 20. April 1803: «Wie ein entmastetes Schiff» habe Graubünden nun «endlich nach langen Stürmen einen Hafen erreicht.»¹

Aber war dieses Schiff 1803 wirklich an seinem letzten Ankerplatz angelangt? Natürlich nicht. Wohin also steuerte oder drifete der frisch überholte alte Kahn in der Folgezeit? Fuhr er zielstrebig volle Kraft voraus oder irrte er orientierungslos im Zickzackkurs umher?

Auf diese Fragen gibt es bekannte Antworten: «In dem Jahrzehnt der Mediationsepoche machte Graubünden grössere politische Fortschritte als früher in drei Jahrhunderten», so Wilhelm Oechsli im späten 19. Jahrhundert.² «Ein einziges Jahrzehnt brachte dem Vaterlande nun weisere Gesetze und wohltätigere Anstalten, als vormals eine Reihe von Jahrhunderten», so Heinrich Zschokke, bereits im frühen 19. Jahrhundert.³

Die Einigkeit zwischen den beiden wortmächtigen Liberalen überrascht nicht. Es fragt sich nur, ob sie nicht gemeinsam fehlgingen, wenn sie die Mediationszeit in so hellem Licht, in so grellem Kontrast zum Ancien Régime sahen. Übertrieben sie nicht, wenn sie den Bündnern eine lang aufgestaute Reformlust unterstellten, eine Innovationswut, die sich 1803 endlich Bahn gebrochen hätte? Anders gefragt: Lassen sich die wesentlichen Akteure der bündnerischen Mediationszeit wirklich vorbehaltlos dem liberalen («frühliberalen», «altliberalen») Lager zuordnen?

Liberaler ohne Limit?

Vor einer Revolution ist alles Bestreben,
nachher verwandelt sich alles in Forderung.
GOETHE

Erzliberal klingt Jakob Ulrich von Sprechers Ermahnung an die Grossratsabgeordneten: «Ihr werdet durch wohlüberlegte Gesetze und Verordnungen dem Waarendurchpass, dem freien Handel und dem Gewerbsfleiss wieder aufhelfen, und dadurch unserm Kanton eine reiche Quelle des Wohlstandes eröffnen». Der Staat soll also diejenige Ordnung schaffen, in der sich die Wirtschaft am besten entfalten kann. Deutlich geringeres Interesse zeigt Sprecher für die Instrumente und Verfahren demokratischer Partizipation, etwa das «altbündnerische» Referendum. Damit befindet er sich im Einklang mit der Kantonsverfassung von 1803, die zwar die Handels- und Gewerbefreiheit aus- und nachdrücklich garantiert, das Referendum aber nicht explizit erwähnt.⁴

Im Übrigen ist diese Verfassung aber nicht gerade ein liberales Manifest. Sie enthält nur so viel Neues wie nötig, dagegen so viel Altes wie möglich. Dies müssen gerade jene Bündner Politiker erkennen, die sich als «Patrioten», als «Unitarier» profiliert hatten. So betont Sprecher in seiner Parlamentseröffnungsrede, wie sehr die Bündner Mediationsverfassung sich von den Konstitutionen der Revolutionszeit unterscheide. Sie entspreche eher «der uralten Verfassung [...] welche unsre Vorfahren in ihrem goldnen Zeitalter, im 15ten und 16ten Jahrhundert beglückte.»

Ähnlich der Grossratsabgeordnete Johann Gaudenz von Salis-Seewis, vormals Gardehauptmann und Lyriker, nachmals Bundeslandammann (Mitglied des Kleinen Rates) und Kantonsoberst (Oberbefehlshaber der Kantonsmiliz). Im Jahr 1806 bemerkt dieser verdiente «Patriot» gegenüber einem Briefpartner, der neue kantonale Staat sei in seiner Verfassung alles andere als neu. Salis-Seewis räumt aber ein, dass die «alten Formen» unter den gegebenen Umständen nützlicher seien als «die theoretisch vollkommenste Verfassung». Immerhin verdanke man dem Pariser Papier, so kompromisshaft-konservativ es auch sei, «die ruhige innere Lage und die Stillung des leidenschaftlichen Parteigeistes».⁵

Diese Sicht der Dinge wird wiederum von Heinrich Zschokke bestätigt, der die Befindlichkeit im Mediationskanton mit dem Griffel des klassischen Geschichtsschreibers umreisst: «Der Zorn

der Parteien, ohne durch auswärtige Fürsten oder durch ein Unterthanenland genährt zu sein, erstarb in leisen Zuckungen allmählig. Erinnerung des Vergangenen riss nur zuweilen noch halbverharschte Wunden auf.»⁶ Eben dies – Pazifizierung, Ruhe, Ordnung – hatte der Mediator als Ziel und Zweck seiner Mediation bezeichnet. Hinsichtlich der inneren Entwicklung wurde damit wenig verhindert, aber viel ermöglicht.

Reformer am Ruder

Bonaparte était le plus grand organisateur
de l'aristocratie dans la démocratie.
CHATEAUBRIAND

Die Ideen der herrschenden Klasse
sind immer die herrschenden Ideen.
MARX

Der traditionell ausgelegte staatliche Rahmen wirkte kaum innovationshemmend. Salis-Seewis zählt 1806 etliche Reformen auf, die innerhalb von nur drei Jahren gelungen seien: «Die Stiftung von Kantonsschulen, die Verbesserung von Sanitätsanstalten, die Verbreitung der Vaccination und einige Versuche im Bergbau sind nicht unbedeutende Fortschritte zum Besseren.»⁷ Auffällig ist hier die Verquickung von staatlichen Einrichtungen und Massnahmen mit privaten Aktivitäten. Auf der einen Seite warb die *Ökonomische Gesellschaft* in ihrer Zeitschrift, dem *Neuen Sammler*, für die Impf-Kampagnen des kantonalen Sanitätsrates.⁸ Auf der anderen Seite zahlte der Kanton der *Ökonomischen Gesellschaft* jährlich 350 Gulden an die Druckkosten des *Neuen Sammlers*. Und als Vorsteher des Sanitätsrates fungierte kein anderer als der Präsident der *Ökonomischen Gesellschaft*, Carl Ulysses von Salis-Marschlins.⁹

Dies war ein Muster, das den jungen Kanton geradezu strukturierte. So stellten Mitglieder der *Ökonomischen Gesellschaft* fast den gesamten Schulrat der evangelischen Kantonsschule. Aber auch für rein ökonomische Angelegenheiten hatte die *Ökonomische Gesellschaft* noch Kapazitäten. Zwei ihrer prominenten Mitglieder bildeten das Direktorium der Davoser Bergbau-Gesellschaft: Jakob Ulrich von Sprecher und Jakob von Ott.¹⁰ Beide amtierten übrigens zuzeiten auch als Bundslandammänner.



Johann Gaudenz von Salis-Seewis (1762–1834).

Zwischen Staat und Zivilgesellschaft bestand demnach keinerlei Distanz oder Spannung, sondern im Gegenteil: Konvergenz, und in den Spitzen gar Kongruenz. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Elite richtete sich den neuen Staat wohnlich ein. Ein solch inniges Zusammenwirken von staatlichen Instanzen und privatwirtschaftlichen Kräften sollte in der Schweiz dann lange die Regel sein – auch wenn es in einer gewissen Spannung stand zu den Lehren des internationalen Liberalismus, zu dessen «Geist» oder «Mentalität» ...

Und es gibt noch einen weiteren Grund, weshalb man zögern könnte, die Bündner Staats- und Wirtschaftsmänner der Mediationszeit als «Liberale» zu bezeichnen. Diese Männer gaben sich nicht nur staatstragend; sie wollten «gemeinnützig» wirken.¹¹ Sie fühlten sich verantwortlich für das Gemeinwohl, für die Wohlfahrt breiter Bevölkerungskreise. Dadurch erhielt ihr Auftreten einen patriarchalisch-fürsorglichen Zug, nicht selten aber auch eine paternalistisch-bevormundende Tendenz.

Doch gleichgültig, wie libertär oder autoritär die Reformer auftraten, wie sozial sie fühlten oder wie kaufmännisch sie dachten – neben ihnen existierte noch eine weitere Partei, ja gewissermaßen eine weitere politische Kultur: die konservative. Während der Mediationszeit sahen sich die Konservativen entschieden in die Opposition gedrängt. Welche Handlungsmöglichkeiten ihnen allenfalls noch blieben, danach wird hier auch zu fragen sein.

Tradition der Innovation

La tradition, c'est ma mère, et la liberté, c'est moi!
MICHELET

Die *Ökonomische Gesellschaft in Graubünden* wurde im Mediationsjahr 1803 auf Anregung der soeben installierten Kantonsregierung gegründet.¹² Um die Vereinigung besser einschätzen zu können, muss man ihren Hintergrund, ihre Herkunft kennen. Denn gerade die entschlossenen Modernisierer zehrten von einer eigenen starken Tradition.

Als späte Frucht der Spätaufklärung vollendete die *Ökonomische Gesellschaft* die Reihe jener bürgerlich-idealistisch (‹patriotisch›) und naturwissenschaftlich-technokratisch ausgerichteten Sozietäten, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden waren, allen voran die *Helvetische Gesellschaft* von 1761. In

Graubünden brachte dieses reformerische Netzwerk zwei Knotenpunkte hervor: den *Verein zur ersten Industrie- und landwirtschaftlichen Gesellschaft*, 1766, und die *Gesellschaft landwirtschaftlicher Freunde* 1778.¹³

Die Letztere publizierte während sechs Jahren den *Sammler*, eine gemeinnützige Wochenschrift. Das vom Bundstag subventionierte Blatt gewann in Reformkreisen einen geradezu legendären Ruf, wie seine Wiederbelebung in der Mediationszeit beweist. In dieser zweiten Phase, im *Neuen Sammler*, wurde das inhaltliche Spektrum noch erweitert. Hatte der alte *Sammler* hauptsächlich Artikel zur Agrartechnik (Acker- und Weinbau, Viehzucht) und zum Schul- und zum Armenwesen gebracht, so berücksichtigte der *Neue Sammler* nun auch Forstwirtschaft und Bergbau sowie das Verkehrswesen. Mit seinem veränderten Erscheinungsrhythmus – sechs- beziehungsweise viermal jährlich – konnte der *Neue Sammler* zudem längere landeskundliche Abhandlungen aufnehmen. Diese enthielten klimatische und demographische Statistiken sowie historische Angaben.

Die Parallelen zwischen der *Ökonomischen Gesellschaft* und ihren Vorgängerinnen betrafen nicht nur die Publizistik, sondern die gesamte Programmatik. Die aufklärerischen Vorsätze blieben sich durch Jahrzehnte hindurch gleich. «Physische Erkenntnis unsers Lands» – «Verbesserung und Ausbreitung des Oeconomie-Wesens» – «Erneuerung und Gesundheit der Einwohner»: So hatten die Losungen bereits 1766 gelautet. «Kenntnis des Vaterlandes», – «Ökonomie im weitesten Sinne» – «Wirken auf das Land»: So lauteten sie noch 1803.

Eingrenzung des Untersuchungsfeldes

Il faut cultiver son jardin.

VOLTAIRE

Kontinuität war auch in personeller Hinsicht gegeben. Die sich ablösenden Sozietäten teilten einen festen, langlebigen Mitgliederstamm: eine Honoratiorengruppe, die mehr oder weniger mit der bündnerischen Bildungselite zusammenfiel. In ständischen und berufsständischen Kategorien ausgedrückt (obschon solche Kategorien für echte Aufklärer unwichtig waren): einige fortschrittliche Edelleute, einige Akademiker und Freiberufler, etliche wohlhabende Bauern und nicht wenige Geistliche, vor allem reformierte. Die Herren von Sprecher, von Ott, von Salis sowie

die Herren Pfarrer zählten zu den aktivsten Vereinsmitgliedern. Aufschlussreich ist die Zusammensetzung der Sozietäten nach der regionalen Herkunft ihrer Mitglieder.¹⁴ Vertreten waren die meisten Talschaften zwischen Rhein und Inn, bis auf die Valli; doch als Gebiete mit besonders hoher Reformers-Dichte erscheinen die Stadt Chur, die Fünf Dörfer, die Herrschaft und das Prättigau. Fünf der sieben Gründungsmitglieder der *Industrie- und landwirtschaftlichen Gesellschaft* waren Prättigauer oder im Prättigau amtierende Pfarrer. Malans, Schloss Marschlins und Chur waren die hauptsächlichen Sitzungsorte der *Ökonomischen Gesellschaft*. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass Haldenstein, Schloss Marschlins sowie Jenins im späten 18. Jahrhundert zu den wenigen bündnerischen Mittelschul-Standorten gehörten.¹⁵

Das nördliche Nordbünden war demnach der eifrig gehegte Garten der *landwirtschaftlichen Freunde* und ihrer Nachfolger. Daher soll dieser Raum nun exemplarisch berücksichtigt werden, wenn es um die Beantwortung folgender Fragen geht: Welche Reformprojekte konnten in der Mediationszeit realisiert werden? Ernteten die Reformers den ersehnten Erfolg? Oder stiessen sie auf (technische, psychologische, politische) Probleme? Was blieb von ihren Bemühungen über die Mediationszeit hinaus?

Unternehmerische Gemeinnützigkeit

One person with a belief is equal to a force
of ninety-nine who have only interests.
MILL

Eine charakteristische Initiative der Mediationszeit – angebahnt im Epochenjahr 1803 – war die Verbauung der Landquart im vorderen Prättigau, zwischen Schiers und Gräsch. Der Initiant war ein treues Mitglied der *landwirtschaftlichen Freunde* und der *Ökonomischen Gesellschaft*: Luzius Pol, Pfarrer in Luzein. Er war ein pionierhafter Alpinist, unermüdlicher Botaniker und leidenschaftlicher Insektenforscher. Auf seiner Druckpresse in Luzein produzierte er selbstverfasste Schulbücher und ab 1809 die letzten vier Jahrgänge des *Neuen Sammlers*.¹⁶

Pläne zur Sicherung und Urbarisierung des von der Landquart verheerten Talbodens im Vorderprättigau hatte Pol schon seit den 1780er-Jahren gehegt. Seine Deportation nach Österreich

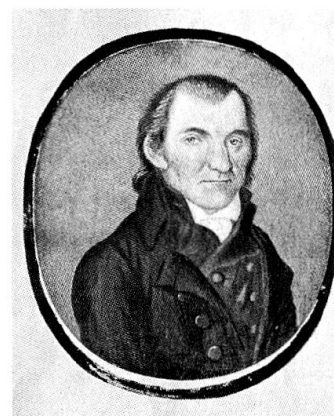
(Geiselhaft in Innsbruck und Graz, 1799–1801) hatte er zu hydrotechnischen Studien genutzt.¹⁷

Orientierte er sich auch am Vorbild des berühmten Geologen und Wasserbauingenieurs Hans Conrad Escher von der Linth? Die beiden waren natürlich miteinander bekannt; doch es gibt keinen Hinweis darauf, dass «Graubündens Escher von der Linth»¹⁸ den Unterländer Escher je um fachlichen Rat gebeten hätte. Pol war dreizehn Jahre älter als Escher. Die Linth-Korrektion wurde erst 1804 von der eidgenössischen Tagsatzung beschlossen und erst ab 1807 ausgeführt. Pol mag als Hydrotechniker letztlich Dilettant geblieben sein; ein Epigone war er nicht. Innerhalb von Graubünden ist sein Vorsprung offensichtlich: Richard La Nicca präsentierte seine Pläne zur Verbauung des Hinterrheins im Domleschg im Jahr 1828 (nachdem Hans Conrad Escher 1806 eine Expertise vorgelegt hatte).¹⁹

Pols Konzept bestand darin, die zwischen den beiden Talseiten mäandrierende Landquart ganz an den südlichen Hangfuss, an den Landquartberg, zu drängen. «Streichwuhre», die der gewünschten neuen Linie entlangliefen (statt wie die traditionellen «Schupfwuhre» nur punktuell dort anzusetzen, wo der Fluss auszubiegen drohte), sollten die Landquart zwingen, sich in ihr neues Bett einzugraben. Sobald der Fluss einigermaßen begradigt war, hatte er ja auch mehr Gefälle. War die Korrektur vollendet, sollte die Kolmatierung einsetzen, die «Aufschlammung» des Talbodens mit fruchtbarem Erdreich. «Die Landquart muss die Unkosten zu ihrer Einwuhung selber herbeischaffen», lautete Pols hoffnungsvolles Prinzip, das er im *Neuen Sammler* verkündete.²⁰

Durch ein Abkommen mit der Gemeinde Schiers glaubte Pol über alle nötigen Ressourcen zu verfügen: Holz aus den Gemeindewäldern und Arbeitsleistung im «Gemeinwerk». Doch das Kollektiv zeigte sich nicht so dynamisch wie erhofft, und Pol setzte bald mehr auf privates Kapital.²¹

Bereits im Jahr 1804 gründete er eine *Hydrotechnische Gesellschaft*. Die Investoren waren am Gewinn beteiligt, der sich aus der Kolmatierung ergeben würde. Zu den Teilhabern gehörten einerseits vermögende Schierser, allen voran Landammann Nauli Roffler (Roffler),²² andererseits Stützen der *Ökonomischen Gesellschaft* wie Bundslandammann Jakob von Ott in Grüşch oder Bundslandammann Johann Ulrich von Salis-Seewis in Malans. Ferner ein Salis-Sils und ein Salis-Soglio, bei denen das materielle Interesse wohl das ideelle Engagement überwog. Im Jahr 1807 erwarb der Kleine Rat namens des Kantons zehn Prozent der Anteilscheine der *Hydrotechnischen Gesellschaft*.



Luzi Pol (1754–1828).

Rückschläge und Neuanfänge

Gewinn und Verlust wäget ein sinniges Haupt.
HÖLDERLIN

Die Landquart bescherte ihrem (vermeintlichen) Bezwinger ein Wechselbad aus Zuversicht und Nachdenklichkeit.

Im *Neuen Sammler* von 1811 blickt Pol auf das bisher Geleistete zurück. Da der Wuhr-Unternehmer noch keine bleibenden Erfolge vermelden kann, sagt er diese voraus: «Ausharrende Fortsetzung dieser Arbeiten wird endlich von einem guten Erfolg begleitet sein; die Aussichten zu diesem erwünschten Erfolg werden allmählich immer besser, und die Schwierigkeiten werden verschwinden.» Grundsätzliche Optimisten brauchen eine starke Motivation; Pol erklärt, worin sein Handlungsantrieb besteht: in «reinem Trieb zur Gemeinnützigkeit».²³

Aber schon im folgenden Jahr wird der Optimismus stark gedämpft, ja man vernimmt einen resignativen Ton: «Eine anfangende Entwicklung kann in Verwicklung übergehen, und mancher müssige Landmann wird nichts verstehen, wird angaffen und lachen, wie der arme Unternehmer sich krank trägt und ächzet [...]»²⁴

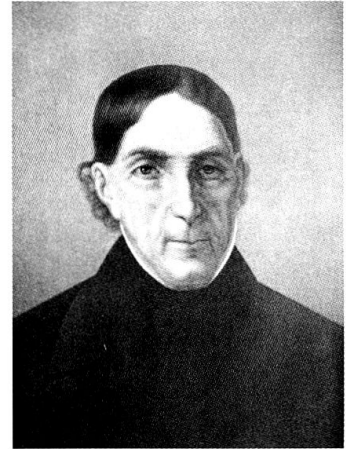
Hier ist ein wesentliches Problem angesprochen: Die Schierser waren gemäss Pols Kontrakt zum Wuhr-«Gemeinwerk» verpflichtet; aber viele von ihnen vermochten das glückliche Ende der Sisyphusarbeit nicht abzusehen. Ähnlich die Anleger der *Hydrotechnischen Gesellschaft*: Sie sollten an Kapitalerhöhungen mitwirken, zweifelten aber, ob sich ihre Gewinnaussichten dadurch schöner und rascher realisieren würden. Arbeiter wie Kapitalisten begannen das gemeinnützige Unternehmen im Stich zu lassen.²⁵

Im Jahr 1812 kamen die Wuhrarbeiten zu einem vorläufigen Stillstand. Die erste Phase der Landquart-Verbauungen deckte sich also ungefähr mit der Mediationszeit. Die Bilanz war nicht durchwegs schlecht: War der grosse Erfolg ausgeblieben, so war wenigstens auch kein grosses Defizit entstanden. Zur Kolmation hatte es allerdings nur auf jenem Stück «Sand» gereicht, das für Nauli Rofler reserviert war. Der Schierser Landammann hatte einen wesentlichen Teil der laufenden Kosten (Tagelöhner-Entschädigung) aus eigener Tasche vorgeschossen.

Blicken wir kurz über die Mediationszeit hinaus. In den 1820er-Jahren kam es zu einem zweiten unternehmerischen Zyklus. Der unverwüstliche Pol fand seine Zuversicht wieder; die *Hydrotech-*

nische Gesellschaft rappelte sich auf; weitere Anteilscheine wurden verkauft; der Kanton beteiligte sich mit 25 Prozent. Doch nur zu rasch herrschte wieder allgemeine Verunsicherung: Die Schierser Gemeindegossen verweigerten sich aufs neue, die Anleger zogen sich zurück, und auch die Kantonsregierung verzagte. Ein Gutachten von Jakob Ulrich von Sprecher ermutigte dann doch zur Fortführung des Projekts – vorausgesetzt, dass man nun schleunigst mit der Kolmatierung beginne ...

Nach Pöls Tod übernahm Nauli Rofler die gemeinnützige Aufgabe. Die Familie Rofler, die auf den vormals Ott'schen Gütern (Kapitelhof Schiers) sass, galt als die vermögendste in Schiers. Mit seiner Gemeinde schloss Landammann Rofler mehrere Wühr-Kontrakte. Im Jahr 1837 finanzierte er ausserdem ein Reformprojekt seines Schwiegersohnes, Pfarrer Peter Flury: die Gründung einer «Schullehrerbildungs- und Armenkinderanstalt», eines Seminars mit angeschlossener Waisenschule.²⁶



Nauli Rofler (1772–1848).

Gemeinnütziges Unternehmertum

Soon or late, it is ideas, not vested interests,
which are dangerous for good or evil.
KEYNES

Ein noch grösseres Unternehmen als die Flussverbauungen im Vorderprättigau war die Erzförderung am Silberberg im Davoser Unterschnitt. Der Bergbau war im unteren Landwassertal nichts Neues; Bleiglanz und Zinkblende waren hier seit ältesten Zeiten im Tagbau gefördert worden. Unter österreichischer Landesherrschaft, vom späten 15. bis ins frühe 17. Jahrhundert, hatte man Blei – kaum jedoch Silber – in kunstgerechten Stollen abgebaut. Damit waren Wissenstransfer und Spezialistenmigration aus den östlichen Alpen verbunden gewesen.²⁷ Doch seither war es ruhig geworden am Silberberg.

Dies änderte sich im Jahr 1805. Nun gründeten prominente Mitglieder der *Ökonomischen Gesellschaft* eine Teilhabergesellschaft, um «bauwürdige Erzadern in unserem Vaterlande und namentlich dem Silberberge auf Davos und im löbl. Zehngerichtebund an den Tag zu fördern.»²⁸ Die beiden Direktorensessel wurden, wie erwähnt, von den Bundslandammännern Carl Ulysses von Salis-Marschlins und Jakob von Ott besetzt. Diesmal zog man auch Hans Conrad Escher als Experten bei, ja man bot ihm einen weiteren Direktorenposten an, den er jedoch ablehnte. Sei-

ne Skepsis bezog sich nicht nur auf die Ergiebigkeit des Silberbergs, sondern vor allem auf den Kapitalbedarf einer professionell betriebenen Ausbeutung.²⁹

Zum Geschäftsleiter des Bergwerks wurde Johannes Hitz bestimmt, damals Statthalter (Landammann-Stellvertreter), später Landammann von Klosters. Der Betrieb nahm einen raschen Aufschwung. Im Jahr 1809 eröffnete Hitz das Hüttenwerk «Hoffnungsaus» auf dem Schmelzboden bei Monstein. Wie seine Vorgänger in der Frühneuzeit musste er bald jeden Gedanken an Silber aufgeben. Der Bleiglanz der Zügenschlucht enthält das edle Metall zu einem Anteil von gerade 0.2 Prozent. Es ist nicht das Realitätsprinzip gewesen, was bei der Namengebung des «Silberbergs» Pate gestanden hat.

Unverdrossen verlegte sich Hitz auf die Förderung von Blei und Zink. In der Zink-Verhüttung wurde er nachgerade zum Pionier. Beraten von Professor Lampadius, einer aus dem sächsischen Bergrevier zugezogenen Koryphäe, führte er ein neuartiges Destillierverfahren ein. Dazu stellte er einen modernen Ofen (Muffelofen) auf, und zwar in Klosters, wo es noch intakte Brennholzvorräte gab.³⁰ Zur Absicherung der Klosterser «Poch» gründete man eine selbständige «Gewerkschaft» (Aktiengesellschaft). Eine weitere Verarbeitungsstufe wurde in Chur eingerichtet: Hier entstand ein Zink-Walzwerk.

Längst nicht mehr nur «Verwalter», sondern Teilhaber der Bergbau-Gesellschaft, pachtete Landammann Hitz schliesslich den gesamten Betrieb. In den frühen 1820er-Jahren dehnte der Klosterser seine Aktivitäten ins Unterengadin aus. Eine Konzession zur Ausbeutung der Blei- und Silbergruben von Val S-charl hatte er bereits in der Mediationszeit erworben. Da die Ausbeute des Davoser Silberbergs immer kümmerlicher ausfiel, setzte er nun seine ganze Hoffnung auf die Gruben in S-charl.

Trügerische Hoffnung: 1828 brannte das Werk an der Clemgia nieder. Ausserdem lagen die Metallpreise gerade besonders tief. So ging Hitz in Konkurs.³¹ Als bald wanderte er mit der ganzen Familie nach Nordamerika aus. Drüben fasste er nach wenigen Jahren wieder Fuss, und zwar mit einem Unternehmen in der Zinkdestillation. Sobald er konnte, beglich er sämtliche Schulden, die aus der Faillite geblieben waren. Er starb im Jahr 1838. Sein Sohn, John Hitz (geb. 1797), der in der «Hoffnungsaus» als Schichtmeister gewirkt hatte, wurde in der neuen Welt zum führenden Montanexperten.³²

Wie alle neuzeitlichen Bündner Bergbauversuche hatte auch das Hitz'sche Unternehmen bei verhältnismässig grossem Kapital-



Johannes (Hans) Hitz
(1772–1838).

aufwand eine verhältnismässig kurze Lebensdauer. Es brachte eine geringe Rendite und bewies nicht besonders viel Nachhaltigkeit (noch nicht einmal in ökologischer Hinsicht, angesichts des übergrossen Holzbedarfs der Schmelze).³³

Und doch erbrachte der Betrieb zwei Jahrzehnte lang einen echten volkswirtschaftlichen Nutzen. Er beschäftigte nämlich eine grosse Zahl einheimischer Arbeiter. Innerhalb der Mediationszeit stieg die Belegschaft von 15 auf etwa 200 Mann, und in den frühen 1820er-Jahren umfasste sie immer noch über 100 Mann.³⁴ Dazu kamen die Konzessionsgebühren an die Standortgemeinden (nicht etwa an den Kanton) sowie die werkseigenen Wege, die nach der Betriebsliquidation ebenfalls an die Gemeinden fielen.³⁵

Die gute alte Zeit

Jedes Ding unter dem Himmel hat seine Zeit.
Pflanzen hat seine Zeit, und Ausreissen hat seine Zeit.
PREDIGER 3, 1–2

Nach der Wirksamkeit einer Reformpolitik zu fragen, heisst vor allem: nach ihrer sozialen Akzeptanz zu fragen. Folgte das einfache Volk der modernisierungsfrohen Elite? Liess es sich selbst modernisieren? Oder kannte die ländliche Gesellschaft auch nach 1803 nur eine Grundregel – das Trägheitsgesetz?

Die Umwälzungen der Revolutionsepoche hatten den bewährten Orientierungssinn verwirrt, das alte Zeitgefühl gestört. «Alle jene Umwälzungen und ungeheuern Verwandlungen waren so gross, mannichfaltig schnellwechselnd und betäubend vorübergegangen, dass der kurze Zeitraum, den sie erfüllten, beinahe ein Jahrhundert zu sein schien, wenn man ihre Menge übersah», berichtet der Zeitzeuge Zschokke.³⁶

Die Mediation bot den Mediatisierten die Chance, wieder Tritt zu fassen, ohne in den alten Trott zu fallen. Eine subtile Unterscheidung – zu subtil für viele. Dies zeigt der «Kalenderstreit», ein Konflikt, der allenthalben bis um 1800 beigelegt war, in unserem Gebiet aber nach 1803 erst richtig akut wurde.

Im Jahr 1582 hatte Papst Gregor XIII. der Christenheit unter Bannandrohung eine Kalenderreform empfohlen, die auf einer genaueren Berechnung des astronomischen Sonnenjahrs beruhte. Da die Protestanten den römischen Autoritätsanspruch verwarfen, mochten sie auch die von Rom propagierte Zeitrechnung

nicht annehmen.³⁷ So kannte das konfessionalisierte Europa zwei verschiedene Chronologien, die neue katholische und die alte protestantische. Die Katholiken waren den Protestanten zehn Kalendertage voraus. Und bei den beweglichen Feiertagen konnte die Differenz gar noch grösser sein. Ein trauriger Zustand – wenn man bedenkt, dass die abendländische Zeitrechnung die dunklen Jahrhunderte des Frühmittelalters nur dank eines kirchlichen Bedürfnisses überdauert hatte: dank der liturgischen Notwendigkeit, das Osterdatum zu fixieren.³⁸

Was bedeutete «der Kalender» eigentlich für die ländliche Gesellschaft? Viel mehr als eine blossе Chronologie. In gedruckter Form war der Kalender ein allwissendes Hausbuch, ein «Rathgeber in Küche und Keller, in Stall und Scheune, am Putztisch und in der Schlafkammer, im Feld und Wald, Astronom und Astrolog, Wetterprophet und Schicksalsverkündiger, Arzt und Naturforscher, Physiker, landwirtschaftlicher Weiser, mit einem Worte: Alles in Allem.» Aus dem Kalender erfuhr man, «ob es an den nebenstehenden Tagen rätlich sei, Haar und Nägel abzuschneiden, Holz zu fällen, den Acker zu düngen, Ader zu lassen, die Kinder zu entwöhnen etc.» Verständlicherweise lehnten es viele gute Protestanten ab, «dass ihnen der Papst nicht nur die Zeit dictieren, sondern auch die Feier ihrer Feste vorschreiben, das Wetter machen, ihre landwirtschaftlichen Arbeiten regeln und vollends als Arzt und Verräther ihrer ehelichen Geheimnisse ins Haus schleichen sollte.»³⁹

Doch als das Konfessionelle Zeitalter ausklang, nahmen auch die protestantischen Staaten den Gregorianischen Kalender an. Im runden Jahr 1700 wechselten die Niederlande, Dänemark und die deutschen Reichsstände zum «neuen Stil», im Folgejahr die eidgenössischen Städteorte, ein halbes Jahrhundert darauf (1752/53) auch noch England und Schweden.

In den Drei Bünden galt der Kalender, wie alle Kultusfragen, zunächst einmal als Gemeindegache. Die reformierten Gemeinden übernahmen den Neuen Kalender jeweils aus eigener Machtvollkommenheit, eine jede zu ihrer Zeit. Der Wandel begann 1756, mit evangelisch Puschlav und Brusio, und setzte sich in den 1780er-Jahren fort. Manchenorts, wie in Chur und im Oberengadin, ging er friedlich vonstatten. Andernorts, wie im Unterengadin und in der Gruob, provozierte er heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinden.

Derweil hielt man im Prättigau mit grosser Beharrlichkeit am Alten Kalender fest. Es war im welthistorischen Jahr 1789, als Pfarrer Pol erklärte, bei den Prättigauern sei wohl noch lange

nicht an die Einführung des Neuen Kalenders zu denken.⁴⁰ Eine prophetische Bemerkung: Tatsächlich sollte es erst nach der Mediation so weit kommen, und die Durchsetzung der Massnahme sollte fast die ganze Mediationszeit beanspruchen.

Seit 1803 mahnt und beschwört der protestantische Teil des Kleinen und des Grossen Rates, unterstützt von der Evangelischen Synode, die am Alten Kalender hängenden Gemeinden: Sie möchten doch die «Unschicklichkeit der verschiedenen Zeitrechnungen» einsehen und sich zur Einführung des Neuen Kalenders bequemen. Daraus würden die grössten Vorteile erwachsen «für Handel und Wandel, für häusliche Einrichtungen und Geschäfte und überhaupt für den ganzen Verkehr.»⁴¹

Die Reaktion der Gemeinden ist zurückhaltend, wie ein Zeitgenosse beobachtet. Im Januar 1804 notiert Johann Ulrich von Salis-Seewis in seinem Tagebuch: «Seewis wollte ihn [den Neuen Kalender], wenn andere Benachbarte es auch thäten, aber Grüşch nicht, weil Schiers nicht wollte.» Und im Mai 1804 hält er fest: «Closters ist wieder dem alten zugefallen und hat Ostern neu gefeyert, Pfingsten hingegen alt.»⁴² Als Pfarrer Coaz seinen Klosterser Pfarrkindern im Namen der Regierung den Neuen Kalender ans Herz legt, wird er von der Gemeinde abgemehrt.⁴³

Repression für den Fortschritt

Nicht bloss in Monarchien, auch in unsern gut republikanischen Landen verstanden es die Herren Obern von jeher, sich und ihre Einrichtungen mit einem Nimbus zu umgeben.

GADIENT

Das Militär ist ein Übel, vielleicht eines der grössten, und zum mindesten eine jedes Kulturvolkes unwürdige Einrichtung.

GADIENT

Seit 1810 erhöhen die kantonalen Behörden den Druck. Sie produzieren eine ganze Serie von Verordnungen und Zirkularschreiben zur Einführung des Neuen Kalenders. Schliesslich werden die Verteidiger der alten Zeitrechnung müde. Und so feiert am 1. Januar 1811 ganz Graubünden das neue Jahr nach dem Neuen Kalender. Ganz Graubünden? Nein! In den Kirchgemeinden

Schiers und Gräsch läuten die Glocken noch nach dem Alten Kalender.⁴⁴

Damit wagen die beiden Gemeinden (das heisst die Gerichtsgemeinde Schiers) die offene Konfrontation mit den Kantonsbehörden. Am 20. Mai 1811 beschliesst der Grosse Rat, dass in Graubünden hinfort einzig die neue Zeitrechnung gelte. Gemeinden, die nach Monatsfrist noch die alte praktizieren, müssen sich vor einem Spezialgericht verantworten. Ausserdem erhält die Kantonsregierung die Befugnis, zur «Execution» kantonaler Verordnungen die Kantonsmiliz aufzubieten.⁴⁵

Aber die Schierser und Grüscher geben sich unbeeindruckt. Noch im Oktober schreiben sie nach Chur: Ihre Dörfer seien so abgelegen, dass ihre Zeitrechnung den allgemeinen Weltlauf und den Churer Geschäftsgang schwerlich stören könne. Und was den Grossratsbeschluss betreffe, so sei der jedenfalls ungültig, weil dabei Katholiken in protestantischen Kirchenangelegenheiten mitgestimmt hätten, was sämtlichen bündnerischen Gepflogenheiten widerspreche.

Am 6. Dezember 1811 lenkt eine grosse Gestalt in grauem Mantel ihre schweren Schritte nach der Gerichtsgemeinde Schiers. Es ist nicht der Nikolaus, sondern der bündnerische Standesweibel. Er überbringt eine Vorladung vor das Spezialgericht in Chur.

Als die Vorderprättigauer Gemeindeväter vor das Tribunal treten, hält ihnen der Anklagevertreter, Johann Baptista von Tscharner, eine dröhnende Standpauke. Er brandmarkt «die Unanständigkeit, das Ärgernis» ihrer «bloss auf eingerosteten Vorurtheilen beruhenden Anhänglichkeit an die alte, unrichtige Zeitrechnung». Solch einem «beharrlichen, grundlosen Eigensinn», solch einer «grundlosen, eigensinnigen Beharrlichkeit» könne man nicht das geringste Verständnis entgegenbringen.⁴⁶ Das Urteil des Spezialgerichts lautet auf eine kollektive Busse von 100 Kronen, zuzüglich Gerichtskosten von 341 Gulden.

Einige Wochen später meint Johann Ulrich von Salis-Seewis: Es sei weniger die Autorität des Spezialgerichts, was die Schierser und Grüscher letztlich zum Gehorsam gebracht habe, als die angedrohten Zwangsmittel. «Die Anstalten, ein Bataillon aufzubieten und den Landammann der Schweiz zu benachrichtigen, hatten die Schierser und Grüscher geschmeidiger gemacht.»⁴⁷ Dies klingt sarkastisch. Salis-Seewis scheint sehr befriedigt darüber, dass die Fortschrittsfeinde endlich ihren Meister gefunden haben: den starken Staat. Unser Autor – der jüngere Bruder des Johann Gaudenz – gehört eindeutig zum fortschrittlichen Lager. Er ist ein Gründungsmitglied der *Ökonomischen Gesellschaft* und Re-

daktor des *Neuen Sammlers*, zu dem er historische Aufsätze beisteuert.

Ein Nachfahre im 20. Jahrhundert, Guido von Salis-Seewis, ebenfalls Historiker, aber konservativ gesinnt, findet gar nichts Erheiterndes an der Erledigung des Kalenderstreits. Sein nachdenklich stimmender Kommentar lautet: «Ein kleines Zwischenspiel im Jahre 1811 beweist, wie treffend Napoleons Spruch war: <Alle Staaten werden kriegerisch in meiner Schule!> Selbst in der Schweiz war es so weit gekommen [...] Schon um rein administrative Verordnungen durchzusetzen zog die Regierung das Schwert. So wurde der in Graubünden jahrzehntelang mit Eigensinn, Vorurteilen und zäher Ausdauer geführte Kalenderstreit schliesslich durch das Aufgebot eines Bataillons beigelegt [...]»⁴⁸

Auch wenn dieses Aufgebot nicht wirklich erfolgte, da offenbar die Drohung genügte – die konservative Kritik bleibt bedenkenswert. Der von Napoleon vorexerzierte Militarismus und Autoritarismus war kaum geeignet, das politische Handeln zu zivilisieren. Dabei überspielten die Behörden der mediatisierten Staaten vielleicht nur eine innere Unsicherheit, wenn sie ihre Verfügungen gewaltsam durchsetzten (oder dies zu tun drohten). Zugespitzt formuliert: Mediationsregierungen betrachteten militärische Einsätze nach innen «gleichsam als Kraftproben».⁴⁹

Kalenderreform im Prättigau, das hiess Modernisierung durch Zwangsmassnahmen. Im Namen moderner Rationalität baute der Mediationsstaat jene kulturelle Autonomie ab, welche die Gemeinden im alten «Freistaat» noch besessen hatten.

Doch so rigoros die Erledigung des Kalenderstreits, so elegant sein Nachspiel. Auf Gesuch der lokalen Obrigkeit wurde die Busse, die das Spezialgericht gegen Schiers und Gräsch verhängt hatte, zugunsten der Landquartverbauung im Vorderprättigau verwendet.⁵⁰ Ein Musterbeispiel politischer Pädagogik: Man bringe Modernisierungsgegner dazu, in ein Modernisierungsprogramm zu investieren – so dass sie schliesslich auch davon profitieren wollen.



Johann Ulrich von Salis-Seewis (1777–1817).

Manipulation für den Rückschritt

Jede Rückkehr in die alten Zeiten ist Dichtung.

HERDER

Das Ende der Mediationszeit kam mit dem Ende der napoleonischen Ära. Die mediatisierten Staaten verdankten ihren Bestand und ihre innere Ordnung dem Machtspruch des Mediators; als dieser wankte, waren sie gefährdet. Napoleons Niederlage in der «Völkerschlacht» von Leipzig, Herbst 1813, führte zur politischen Wende in der Schweiz, zur Aufhebung der Mediationsverfassung. Dies war die Stunde der politischen Reaktion.

Nach dem Churer Putsch vom 4. Januar 1814 – dem gemeinschaftlichen Werk reaktionärer Aristokraten und konservativer Bauern – herrschte nicht etwa die alte Ordnung, sondern eine neue Ratlosigkeit: War nun wirklich Restauration angesagt? Sollte man versuchen, das Veltlin zurückzuerobern? Und sollte man aus dem eidgenössischen Staatsverband austreten?⁵¹

Die labile Lage anfangs 1814 bezeugt eine Quelle, die wir schon kennen: das Tagebuch des Johann Ulrich von Salis-Seewis. Es verzeichnet die politischen Nachrichten, Gerüchte und Spekulationen, die sich in jenen unruhigen Januar- und Februartagen jagten.⁵²

Darunter waren auch Neuigkeiten aus dem Prättigau. «Das sonst leicht aufzustörende Brättigäuer Volk» lasse sich nicht aus der Ruhe bringen von den reaktionären Agitatoren, die durch die Gemeinden zögen, meint Salis-Seewis im Januar. Aber schon bald vernimmt er das Gegenteil: Der Anführer der Reaktionäre, Graf Johann von Salis-Soglio, habe seinen Einfluss nun doch bis an den Rätikon ausgedehnt. «Seinen Umtrieben ist es gelungen die Brättigäuer gleichfalls in jacobinische Wuth gegen die Schweiz und alle bestehende Ordnung zu setzen, namentlich auch gegen die Cantonsschule.»

Hier wird der Tagebuchschreiber wieder sarkastisch: Die Gegenrevolutionäre erinnern ihn an linksradikale Umstürzler. Sich selbst stilisiert er zum Legitimisten der «bestehenden Ordnung», nämlich der Ordnung von 1803. Dieser Standpunkt ist im Frühling 1814 elitärer denn je, unpopulärer denn je. Jetzt ertönt aus allen Talschaften, ob reformiert oder katholisch – Prättigau, Cadi, Oberhalbstein – nur ein Schrei: Abschaffung sämtlicher kantonalen Einrichtungen, vom Sanitätsrat bis zum Landjägerskorps!

Was in diesem Zusammenhang alles herumgeboten wird, steigert womöglich noch Salis-Seewis' Sarkasmus: «Tolle Märchen haften beim Pöbel am besten: so verbreitete man im Brättigäu, die Regierung – gar nicht wissend wie sie genug Geld vergeuden solle – habe einen Cantonshund gehalten und mit fl. 72 jährlich verköstigt.» Je überflüssiger, desto teurer: So lautet das Argument gegen jeglichen Staatsausbau seit je.

Der Reaktionär von 1814 war nicht nur ein gewiefter Demagoge; Graf Johann von Salis-Soglio leistete sich auch die direkte Manipulation von Volksvertretern. Als der Grosse Rat darüber beriet, welchen Bescheid man der eidgenössischen Tagsatzung hinsichtlich der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Graubündens geben wollte, griff der Graf ein. «Den Deputierten von Saas, dessen Instruction die Anschliessung an die Schweiz enthielt, schickte Graf Johann zurück, er solle eine andere Instruction holen (man glaubt, dass dies mit dem gebührenden Händedruck geschah).» Mit dem Händedruck wurde natürlich «Handsalbe» verabreicht. Schliesslich hatte sich Bestechung in der alten Ordnung als Instrument der politischen Meinungsbildung bewährt ...

Die Aufhebung der Mediationsakte schuf offenbar ein politisches Vakuum, in das sogleich die reaktionäre Agitation hineinstiess. Die dadurch ausgelöste Desorientierung hielt für einige Monate an; dies auch in jenen Teilen Graubündens, die soeben noch das Wirkungsfeld der liberalen Reformer gewesen waren. Doch der Grund für den vorübergehenden Erfolg der bündnerischen Reaktionäre im Frühling 1814 wurde auch zur Ursache für ihren endgültigen Misserfolg im Herbst 1814. Graf Johann war genau so lange allmächtig in Graubünden, wie er als Vertrauensmann der alliierten Grossmächte galt. Aber bald erklärten eben diese Mächte – Österreich voran –, was sie auf dem Wiener Kongress nochmals klarstellen sollten: dass sie für Graubünden gar keine Restauration vorsahen, keine Lösung von der Schweiz und schon gar keine Wiederangliederung des Veltlins.⁵³

Der kurze restaurative Frühling beruhte demnach auf Fehlkalcul, Illusion, Bluff. Eines zeigte er aber deutlich: Der Mediationskanton hatte es nicht fertig gebracht, die Anhänglichkeit der Bevölkerung zu gewinnen.

Neue Zeit, bessere Zeit?

Chacun des états du monde social n'est qu'un équilibre provisoire.
BOURDIEU

Was blieb von den Reformen der *Ökonomischen Gesellschaft*, den gemeinnützigen Initiativen der Mediationszeit? Was wurde aus den Wuhren des Pfarrers Pol, den Bergwerken des Landamanns Hitz?

Versuchen wir zunächst, die Antwort aus dem Horizont der 1840er-Jahre zu geben. Die Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848 erfüllte die kühnsten Träume der «Ökonomischen Patrioten» – allerdings in den meisten Fällen erst postum. Umgekehrt wäre zu erwarten, dass die Hinterlassenschaft dieser Männer wenigstens in das Vorfeld der Bundesstaatsgründung hineinwirkte.

Kantonsingenieur Richard La Nicca, der Erbauer der Julierstrasse (bis 1840) und Protagonist der bündnerischen Ostalpenbahnpläne (seit 1839), erinnert sich an eine Beobachtung aus dem Jahr 1843: «Als ich die Korrektur der Landquart in Angriff nahm, fand ich sozusagen keine Spur mehr von der 20jährigen Anstrengung des ehrl. Dekan Pol.»⁵⁴ La Nicca scheint betroffen vom Scheitern seines Vorgängers. Seinerzeit, bei der Verbauung des Hinterrheins, hat er auf Pols Organisations- und Finanzierungsprinzip zurückgegriffen: private Aktiengesellschaft mit staatlicher Beteiligung. Nun, im Prättigau, bezieht sich La Niccas Arbeit vor allem auf die Talstrasse; die Flusskorrektur ist dabei nur eine flankierende Massnahme.

Bei Pol war es gerade umgekehrt: Er wollte vor allem den Fluss verbauen und betrachtete eine Landstrasse als erwünschtes Nebenprodukt.⁵⁵ In der Mediationszeit lag das Strassenwesen noch weitgehend in der Verantwortung der Gemeinden, obwohl 1805 die Stelle eines kantonalen Strasseninspektors geschaffen worden war.⁵⁶ Pol äusserte sich gelegentlich zu Problemen des Strassenbaus, so im *Neuen Sammler* von 1811. Unter der Überschrift «Unmassgeblicher Vorschlag zu einer guten fahrbaren Strasse durch das Tal Prättigau» diskutierte er Planvarianten von Schiers taleinwärts. Fragen der Linienführung waren ein Politikum, weil die Gemeinden jeweils die Unterhaltskosten für «ihren» Strassenabschnitt scheuten. Der Kanton werde sich zumindest an den Erstellungskosten beteiligen, warb Pol. Den privaten Anrainern, die wenig Lust verspürten, sich enteignen zu lassen, rief

er zu, sie sollten «Rücksicht auf Lebensbequemlichkeit und Wohl der Nachkommen» nehmen und «dem Gemeinen-Besten grossmüthig ein kleines Opfer» bringen.⁵⁷

Pol war nicht der einzige Gemeinnützte, der eine Fahrstrasse durch das Prättigau wünschte. Die Silberberg-Gesellschafter hieben in die gleiche Kerbe. Im *Neuen Sammler* von 1805 forderte Bergwerksdirektor Salis-Marschlins den Ausbau der Prättigauer Strasse – mitsamt einer anschliessenden Passstrasse über Vereina ins Unterengadin.⁵⁸ Und Bergwerksverwalter Hitz argumentierte im Zehngerichtenbund (damals eine Art regionale Landammänner-Konferenz): Es gehe darum, die Prättigauer Strasse in ein kantonales Strassenbauprogramm einzubringen.⁵⁹

Diese Forderung wird im Jahr 1841 erfüllt, als der Grosse Rat den Bau der Prättigauer Strasse beschliesst. Finanziert wird diese Strasse dann aber nicht nur aus Kantonsmitteln, sondern zu einem guten Teil aus der aufgelösten Kasse des Zehngerichtenbundes.⁶⁰

Und wie steht es in den 1840er-Jahren mit dem Davoser Bergwerk? Seit Hitzens Abgang hat der Betrieb mehrere Handänderungen erlebt. Nun naht sein definitives Ende. Der letzte Besitzer, ein Franzose namens Pelissier, stellt 1847 die Zinkgewinnung ein, im Jahr danach auch die Bleigewinnung, wobei er gleich Konkurs anmeldet. Pelissiers Rückzug aus dem Landwassertal wird offenbar dadurch beschleunigt, dass er seine Pariser Ge-



Schmelzboden, Davos Monstein. Aquarell von Gustav Koop, 1842. Ansicht der Bergbausiedlung «Hoffnungsaus» von Süden. Zu erkennen sind das repräsentative Verwaltungsgebäude (1933 durch eine Rufe teilweise zerstört), daneben die aus ihren Kaminen rauchenden Schmelzhütten, davor das Waschwerk und Stallungen (heute verschwunden). Der kahl geschlagene Hang des Silberbergs, rechts, zeugt vom Energiebedarf der Schmelze. (Bergbaumuseum Graubünden, Schmelzboden Davos)

schäftsinteressen retten will, die durch den Sturz des Königs Louis Philippe bedroht sind.⁶¹

Wirkt dies nicht symbolisch? 1848, als der schweizerische Bundesstaat gegründet wird, geht das Davoser Bergwerk ein. Das einst gemeinnützige Werk erinnert inzwischen mehr an ein Spekulationsobjekt.⁶²

Der Vergleich mit den 1840er-Jahren ist also geeignet, die Erfolgsbilanz der Mediationszeit zu relativieren. In den 1840er-Jahren werden die fortschrittlichen Projekte der Mediationszeit endgültig aufgegeben, so das Bergwerk – oder aber endlich umgesetzt, so die Fahrstrasse und die Flussverbauung.

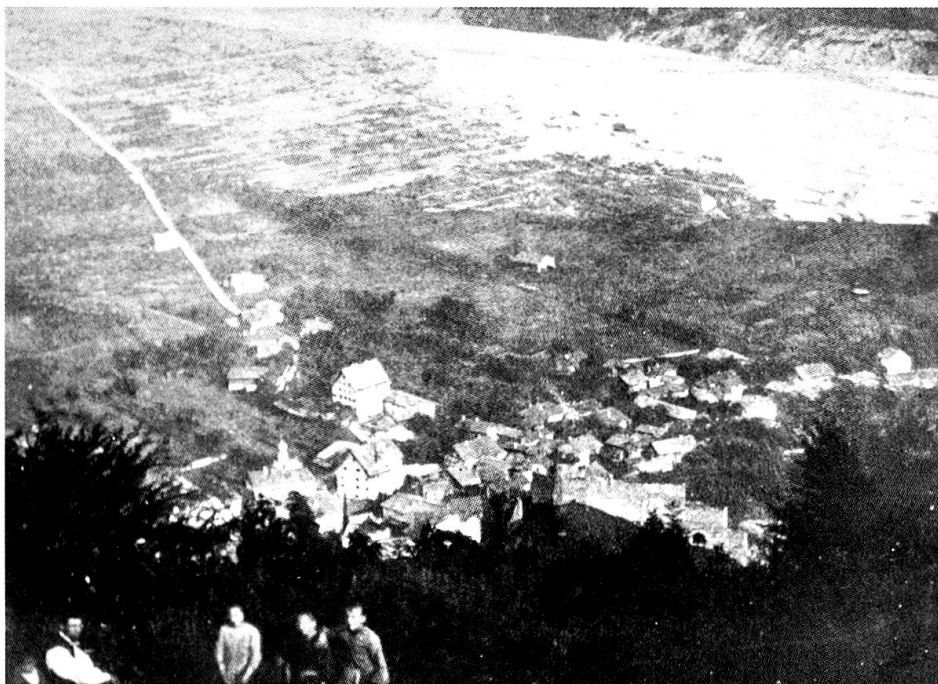
Worauf es ankommt

We can never know enough to make the chance worth taking.

KEYNES

Aber auch die Leistungen der 1840er-Jahre können relativiert werden. Dazu genügt bereits ein Abstand von zwei Jahrzehnten. Das Jahr 1860 sieht die Fertigstellung der Prättigauer Strasse. Allzu rasch ist die Verbindung nach Klosters demnach nicht erstellt worden. Immerhin, «eine Reise durch das Prätigau ist jetzt sehr leicht, da eine gute Poststrasse das ganze Tal durchzieht», so Gottfried Ludwig Theobald in seinem 1860 publizierten Buch «*Naturbilder aus den Rhätischen Alpen*». Der Kantonsschulprofessor Theobald – übrigens ein «Achtundvierziger», ein nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848 in die Schweiz geflohenen Deutscher – verschweigt nicht gewisse Probleme: Ausserhalb von Schiers sei «die Thalfläche schrecklich verwüstet durch die Landquart; Schiers selbst, ein sehr ansehnlicher Ort, ist durch sie [...] bedroht.»⁶³ La Niccas Wuhre währen offenbar auch nicht ewig.⁶⁴

Eine dauerhafte Einwuhung der Landquart erfolgt ab 1877, auf der Grundlage von Bundesgesetzen und mit Bundessubventionen. Auch die Seitenbäche werden jetzt wirksam verbaut. Das verheerende Hochwasser von 1910 bleibt eine säkulare Ausnahme.⁶⁵ Theobalds kritische Bemerkung von 1860 wird allerdings noch 1893, in der dritten Auflage der «*Naturbilder*», fast wörtlich wiederholt – was auffällt, da das Buch inzwischen von einem einheimischen Fachmann, dem Geologen Christian Tarnuzzer aus Schiers, überarbeitet worden ist.⁶⁶



Blick über Burg Solavers auf Grüşch, Fotoaufnahme von 1865. Die Talebene des Vorderprättigaus erscheint noch stark verheert von der Landquart: Die helle Fläche der Sand- und Schuttalagerungen ist unübersehbar. Die scharfe Trennlinie rechts im Bild geht nicht etwa auf eine Wuhrbaute zurück: Es ist die Geländestufe des Rivabord – die Böschung eines alten Flussufers –, die dem ausufernden «Sand» eine natürliche Schranke setzt. (Nach Ulrich Obrecht und Ulrich Niggli, Grüşch, Land und Leute, Beitrag zur Landeskunde, Schiers 1929, bei S. 32)

Tarnuzzer hätte doch optimistischer sein dürfen.⁶⁷ Um die Wende zum 20. Jahrhundert sind die Fortschritte in der Kolmatierung nicht mehr zu übersehen. Wer will, kann sie durch das Fenster eines RhB-Abteils beobachten: «Da über die Ebene zwischen Grüşch und Schiers her fährt man je länger je lieber, weil dank intensiver Kultur die Gegend immer freundlicher wird. Bald wird die letzte Sandfläche verschwunden sein», bekräftigt der Luzeiner Georg Fient, Kanzleidirektor des Standes Graubünden, im Jahr 1901.⁶⁸



Blick über Faschnei auf Grüşch und Schiers, Fotoaufnahme von ca. 1885 (vor dem Bau der RhB 1889). Die Kolmatierung ist weit fortgeschritten; auf den «Schwellenen» breiten sich Äcker und Wiesen aus. Auffällig das helle Band der Talstrasse mit ihrem schnurgeraden Verlauf (Anlage von 1843). Die Landquart ist an den südlichen Hangfuss zurückgedrängt, aber noch nicht kanalisiert, der grosse Damm fehlt noch. In diesem Bereich zeigt sich noch etwas vom «Sand», der zu Pols Zeiten den ganzen Talboden bedeckte. (Kulturarchiv Haus zum Rosengarten, Grüşch)

Ein ganzes Jahrhundert nach Pols erstem Spatenstich nähert sich seine Arbeit allmählich dem Abschluss. Hatte Pol selbst, mit seinen Faschinen- und Holzkasten-Wuhren, eigentlich die geringste Chance gegen die Wasserwalze der Landquart? Offensichtlich nicht. Pol stellte sich eine gewaltige Aufgabe, und er ging sie mit unzulänglichen Mitteln an. Ökonomisch betrachtet, hat sich dieses Mitglied der *Ökonomischen Gesellschaft* verrechnet. Genau wie Landammann Hitz.

Doch mit dieser Feststellung wird man den beiden nicht gerecht. Denn letztlich lag der «gemeine Nutzen» ihrer gemeinnützigen Unternehmungen im Ideellen: in der Zuversicht, mit der sie die Chance (die sie nicht hatten) zu nutzen versuchten. Damit zeigten sie ihren Zeitgenossen, dass es andere Werthaltungen, andere Handlungsmöglichkeiten gab als das Verharren im Hergebrachten.

1 Zuletzt gedruckt in: Peter METZ, Geschichte des Kantons Graubünden, Bd. I: 1798–1848, Chur 1989, S. 604. Das nächste Zitat aus dieser Rede ebd., S. 605.

2 Zit. nach Guido von SALIS-SEEWIS, Ein bündnerischer Geschichtsforscher vor hundert Jahren. Johann Ulrich von Salis-Seewis 1777–1817, Aarau 1926, S. 82.

3 Heinrich ZSCHOKKE, Geschichte des Freistaates der drei Bünde im hohen Rätien (Beschluss). Ausgewählte Schriften, Bd. 38, Aarau 1828, S. 295–296. (Der Satz erscheint erstmals in der Ausgabe von 1817).

4 Art. 12: «Die Verfassung sichert jedem Bürger eines Bundes die freye Ausübung der Industrie durch den ganzen Kanton.» – Das traditionelle Bündner Referendum wird 1803 von einem obligatorischen Gesetzesreferendum abgelöst, das sich (nach wie vor) an die Gerichtsgemeinden richtet. Dies geht aus dem Verfassungstext aber nur insofern hervor, als nach Art. 6 dem Grossen Rat die Kompetenz zum «Vorschlag der Geseze» zukommt: Vorschlag, nicht Beschluss. Verfassungstext nach METZ (wie Anm. 1), S. 602.

5 Zit nach Adolf FREY, J. Gaudenz von Salis-Seewis, Frauenfeld 1889, S. 204.

6 ZSCHOKKE (wie Anm. 3), S. 295.

7 Wie Anm. 5. Mit «Sanitätsanstalten» können nur die Behörde des Sanitätsrates und dessen «Veranstaltungen» gemeint sein. Eine kantonale Hebammenschule und die Stelle eines Kantonstierarztes werden 1808 geschaffen; Friedrich PIETH, Bündnergeschichte, Chur 1945, S. 352.

8 Dabei ging es vor allem um Pocken-Schutzimpfungen. Vgl. Silvio MARGADANT, «Der Sammler» und «Der Neue Sammler». Alphabetisches Register und Autorenverzeichnis sowie geschichtlicher Abriss. In: BM 1980, S. 1–21, hier S. 13, Stichwort «Impfwesen».

9 Zur Gründung, den führenden Mitgliedern und den wichtigsten Aktivitäten der *Ökonomischen Gesellschaft* vgl. SALIS-SEEWIS (wie Anm. 2), S. 82–93.

10 Dazu Ernst ZIMMERLI, Zur Geschichte des Bergbaues am Silberberg im 19. Jahrhundert, in: BM 1937, S. 129–149 und 161–176, hier S. 137.

11 *Gemeinnütziges Archiv für Bünden* lautete der Untertitel des *Neuen Sammlers*.

12 Zum Folgenden MARGADANT (wie Anm. 8); Simeon MEISSER, Mitteilungen über die bündnerischen Zeitschriften «Der Sammler» (1779–1784) und «Der Neue Sammler» (1805–1812) und einige Mitarbeiter an denselben, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik 1901, S. 1–15, hier S. 1–4; Johann Andreas von SPRECHER, Kulturgeschichte der Drei Bünde im 18. Jahrhundert, Neuausgabe, bearb. von Rudolf Jenny [Originalausgabe: Geschichte der Republik der drei Bünde Graubünden im achtzehnten Jahrhundert, Bd. II: Kulturgeschichte, 1875], Chur 1951, 2. Aufl. Chur 1976, S. 406–409.

13 Zur Entwicklung vor 1800 vgl. auch Willi DOLF, Die ökonomisch-patriotische Bewegung in Bünden. Ein Beitrag zur bündnerischen Wirtschafts- und Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts (Schweizer Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, 5), Aarau 1943.

14 Zum Folgenden bes. MEISSER (wie Anm. 12), S. 2–3, sowie Jules FERDMANN, Literatur und Wissenschaft in den Zehn Gerichten, in: Davoser Revue, Sonderheft: Zur Fünfhundertfeier des Zehngerichtenbundes, Mai/Juni 1936, S. 236–238.

15 Zum Philantropin in Haldenstein bzw. Marschlins und der Lehranstalt in Jenins vgl. SPRECHER (wie Anm. 12), S. 389–404.

16 Zu Leben und Werk vgl. die Monographie von Jacob ZIMMERLI, Dekan Luzius Pol (1754–1828). Sein Leben und Wirken, Schiers 1923 sowie die neue Darstellung von Holger FINZE-MICHAELSEN (im Druck). Pol amtierte als Pfarrer in Luzein 1777–90 und 1803–14, in Schuders 1772–75, in Fläsch 1792–99, in Fideris 1823–28; er war mehrmals Dekan der Rätischen Synode.

17 Die ca. 140 nach Österreich deportierten Bündner «Patrioten» wurden nach den damaligen Grundsätzen der Geiselaft gehalten, d.h. nicht etwa wie Kriminelle behandelt. Entsprechendes galt für die Gegenpartei im französischen Salins.

18 So nach der kurzen aber einflussreichen Darstellung von Rudolf WOLF, Dekan Lucius Pool von Malix, Graubündens Escher von der Linth. Lebensskizze aus der Revolutionszeit, in: Biographien zur Kulturgeschichte der Schweiz, Cyclo III, Zürich 1860, S. 395–408.

19 Pols erstes schriftlich gefasstes Projekt zur Landquart-Verbauung datiert von 1786; MEISSER (wie Anm. 12), S. 12. Ein erster Beschluss der Sieben eidgenössischen Orte zur Linth-Korrektur war bereits 1783 erfolgt; vgl. Das Linthwerk – ein Stück Schweiz, hrsg. von der Hans Konrad Escher von der Linth-Gesellschaft, Mollis 1993, passim. Zu La Niccas Domleschger Projekt vgl. Anna BÄNZIGER-LA NICCA, Leben und Wirken des schweizerischen Ingenieurs Richard La Nicca. Aus seinen nachgelassenen Papieren von seiner Tochter zusammengestellt und bearbeitet, Davos 1896, S. 82–85. Nach PIETH (wie Anm. 7), S. 397 zeigte La Nicca bereits 1826 vor der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft – und in Anwesenheit des alten Pol – provisorische Pläne zur Korrektur des Hinterrheins.

20 *Der Neue Sammler* 1, 1805, S. 424.

21 Zu Pols Vertrag mit der Gemeinde Schiers vgl. Mathias THÖNY, Schiers. Hochgericht und Kapitelgericht, Kreis und Gemeinde. Geschichte und Kulturgeschichte, Schiers 1934, S. 118–120. Zum Folgenden J. ZIMMERLI (wie Anm. 16), S. 64–70.

22 Der Vorname ist von romanisch Donau, lateinisch Donatus abgeleitet.

23 *Der Neue Sammler* 6, 1811, S. 277.

24 Aus Pols «Wuhrpapieren», zit. nach J. ZIMMERLI (wie Anm. 16), S. 73.

25 Hierzu und zum Folgenden ebd., S. 70–74.

26 Zur Gründung der Evangelischen Mittelschule vgl.: 100 Jahre Evangelische Lehranstalt Schiers 1837–1937, Schiers 1937, S. 26–48, hier bes. S. 32–36 zu Nauli Rofler. – Pols Biograph, Jacob Zimmerli, stand 1894–1918 selbst der «ELA» vor. Die unter seiner Leitung realisierten Bauten prägen noch heute das Erscheinungsbild der Schulanlage; ebd., S. 229–246.

27 Vgl. hierzu: Über die Forschungen von Joh. Strub (1884–1967) am Silberberg bei Davos, hrsg. von Hans Krähenbühl, in: Bergknappe 39, 1/1987, S. 2–6; 40, 1987/2, S. 2–5; 41, 4/1987, S. 7–10; 43, 1/1988, S. 2–7.

28 Zit nach E. ZIMMERLI (wie Anm. 10), S. 134. Das Folgende hiernach, S. 138–149. Vgl. auch Ursula LEHMANN-GUGOLZ, Vorfahren, Nachkommen. Auswanderer aus Klosters und Davos nach Amerika im 19. Jahrhundert, Chur 1998, S. 104–108, 119–122, 153, 164–165.

29 «Die Ursache der Verlassung» des Bergwerks in älterer Zeit sei «nicht der Mangel an Erz» gewesen; zit. nach E. ZIMMERLI (wie Anm. 10), S. 139. Eschers Bedenken galten der Aufbringung des Betriebskapitals sowie der Rekrutierung des Fachpersonals; LEHMANN-GUGOLZ (wie Anm. 28), S. 104.

30 Dazu Hans KRÄHENBÜHL, Die historischen Bergwerke im Prättigau (Fortsetzung), in: Bergknappe 45, 3/1988, S. 10–13, hier S. 10–11.

31 Zu Hitzens Aktivitäten in S-charl vgl. Karl SCHLEICH, Der Bergbau im S-charltal vom Mittelalter bis in die Neuzeit: Geschichte (Fortsetzung 1), in: Bergknappe 40, 2/1987, S. 6–11, hier S. 8–10.

32 Er leitete Bergwerke in den Bundesstaaten New York, Virginia und North-Carolina. Im Amt eines Generalkonsuls (seit 1856) fungierte er als Anlaufstelle für Schweizer Einwanderer an der amerikanischen Ostküste und zugleich, anstelle eines Gesandten, als diplomatischer Vertreter der Eidgenossenschaft; † 1864. Nach seinem Tod übernahm sein Sohn John (geb. 1828 in Davos Schmelzboden) dieses Amt; † 1908; E. ZIMMERLI (wie Anm. 10), S. 173–174; LEHMANN-GUGOLZ (wie Anm. 28), S. 308–311.

33 E. ZIMMERLI (wie Anm. 10), S. 176 meint, dass sich der Bergbau am Silberberg und in S-charl gar nicht lohnen konnte, weil die bündnerischen Erzvorkommen generell zu geringfügig seien (was die Geologie des frühen 19. Jh. nicht habe erkennen können). Bei dieser Frage sind aber auch die – zeitgebundenen! – betriebswirtschaftlichen Faktoren zu berücksichtigen, wie der Autor (ebd., S. 175) zugibt. Dieselben Erwägungen finden sich bereits in einer

früher erschienenen Zusammenfassung Zimmerlis, vgl. folgende Anm.

34 Ernst ZIMMERLI, Bergbau im Zehngerichtenbund, in: Davoser Revue, Sonderheft: Zur Fünfhundertfeier des Zehngerichtenbundes, Mai/Juni 1936, S. 216–220, hier S. 219 betrachtet die Gründung des Bergwerks nach der Kriegszeit von 1799–1800 als «eine Art Krisenmassnahme, nur dass damals noch nicht die heute so viel begehrte Staatskrippe beansprucht werden konnte». Ebd., S. 220 werden «die zu hohen Arbeitslöhne, die den Einheimischen bezahlt werden mussten» als Mitursache für den unternehmerischen Misserfolg genannt.

35 Im Fall des Silberbergs die Strasse von Glaris über Schmelzboden – Brombänz – Bärentritt nach Wiesen, die den alten (oberen) Zügenweg ersetzte und 1870–73 vom Kanton als offizielle Landwasserstrasse ausgebaut wurde (heute Alte Zügenstrasse).

36 ZSCHOKKE (wie Anm. 3), S. 295.

37 Papst Gregor XIII. war ein Vorkämpfer der Gegenreformation. Den Auftakt seiner Regierung bildete die «Bartholomäusnacht», das Massaker an den Hugenotten in Paris, 1572. Der Massenmord wurde in Rom mit Dankmessen gefeiert und durch Gedenkmünzen und Monumentalgemälde (Fresken in der Sala Regia des Vatikan) verherrlicht.

38 «Die liturgische Notwendigkeit, das Datum von Ostern genau festzulegen, bewahrte die Techniken der astronomischen Berechnung [...] Die damaligen Menschen fürchteten, ihre Religion könnte Schaden nehmen, wenn es in bezug auf dieses wesentliche Fest einen Irrtum gäbe»; Philippe ARIÈS, Zeit und Geschichte, Frankfurt a.M. 1988 [frz. Originalausgabe: Le Temps de l'histoire, Paris 1986], S. 94–95.

39 Ein frühes Beispiel für Mentalitätsgeschichte: Jakob BOTT, Die Einführung des neuen Calenders in Graubünden. Ein Beitrag zur Culturgeschichte dieses Landes [Separatdruck aus: Bündnerische Wochenzeitung 1862, Nr. 12–19], Leipzig 1863, S. 13, 15. Zum Folgenden auch SPRECHER (wie Anm. 12), S. 445–449.

40 Er machte diese Aussage im *Magazin für die Naturkunde Helvetiens von D. Albrecht Höpfner*; nach ZIMMERLI (wie Anm. 16), S. 36.

41 Zit. nach Friedrich PIETH, Die letzten Auseinandersetzungen um die Einführung des neuen Kalenders in Graubünden 1811/12, in: BM 1944, S. 365–374, hier S. 366–367.

42 Zit. nach Guido von SALIS-SEEWIS, Die Erledigung des Kalenderstreites in Graubünden. Ergänzende Mitteilungen zu J. Bott (aus zeitgenössischen Tagebuchblättern

von Johann Ulrich von Salis-Seewis), in: BM 1920, S. 322–323, hier S. 322.

43 BOTT (wie Anm. 39), S. 41.

44 Nach SPRECHER (wie Anm. 12), S. 449 gehörten zunächst auch Valzeina und Furna sowie Castiel, Calreisen und Maladers zu den widerständigen Gemeinden. Nach PIETH (wie Anm. 41), S. 370 wurden die Gerichtsgemeinde Castels-Luzein sowie Seewis im Herbst 1811 vor das kantonale Spezialgericht zitiert, das wegen des Kalenderstreits aufgestellt worden war. Nach SALIS-SEEWIS (wie Anm. 42) galt dies auch für Avers, als letzte Gemeinde. Zur Gerichtsverhandlung kam es dann aber nur noch gegen Schiers und Grüşch.

45 Dies und das Folgende nach der eingehenden Darstellung bei PIETH (wie Anm. 41), S. 369–374.

46 Die Zitate ebd., S. 367, 369, 371.

47 Wie Anm. 42.

48 SALIS-SEEWIS (wie Anm. 2), S. 80.

49 Ebd., S. 74. Als Beispiel wird der Zürcher «Bockenrieg» 1804 genannt: die Niederschlagung einer Revolte der Zürcher Seegemeinden durch eidgenössische Militärintervention, mit anschliessenden Hochverratsprozessen und Hinrichtungen. Verschiedene Bündner Gemeinden verweigerten den Einsatz im «Bockenrieg»; Paul GILLARDON, Geschichte des Zehngerichtenbundes, Festschrift zur Fünfhundertfeier seiner Gründung 1436–1936, Davos 1936, S. 411, Anm. 591.

50 Nur die Busse, nicht etwa die Gerichtskosten. Nach dem Churer Putsch vom 4. Januar 1814 forderten die Abgeordneten von Schiers, Grüşch und Klosters am Bundstag des Zehngerichtenbundes die Wiedereinführung des Alten Kalenders; GILLARDON (wie Anm. 49), S. 321–322.

51 Zur Rekapitulation der Ereignisgeschichte vgl. PIETH (wie Anm. 7), S. 360–364 sowie die einschlägige Monographie: Ulrich von PLANTA-REICHENAU, Die gewaltsame politische Bewegung vom 4. Januar 1814, Chur 1858.

52 Die folgenden Zitate nach SALIS-SEEWIS (wie Anm. 2), S. 135, 137.

53 Zum Kopf der bündnerischen Reaktion bzw. Restauration vgl. Christina MARANTA TSCHÜMPERLIN, «Im Kampf um die gute Sache». Johann v. Salis-Soglio (1775–1855), ein Verfechter der alten Ordnung im politischen Umbruch von 1813/14. Studien zu Rezeptionsgeschichte und Korrespondentennetz. Ungedr. Lizentiatsarbeit Uni Freiburg, 1992.

54 Zit. nach Andreas GADIENT, Das Prättigau. Ein volkswirtschaftlicher Beitrag, Chur 1921, S. 25.

55 «Übrigens ist es Verpflichtung der Hydrotechnischen Gesellschaft, diese Sandebene vor den Verheerungen der Landquart zu sichern und sodann auf derselben eine gute Landstrasse anzulegen»; in: *Der Neue Sammler* 6, 1811, S. 277.

56 PIETH (wie Anm. 7), S. 347.

57 *Der Neue Sammler* 6, 1811, S. 273, 278.

58 *Der Neue Sammler* 1, 1805, S. 114.

59 GILLARDON (wie Anm. 49), S. 320.

60 Ebd., S. 328, 330.

61 Noch im Jahr 1847 hatte er Investitionen am Silberberg geplant. Vgl. zur letzten Betriebsphase: Über die Forschungen von Joh. Strub (1884–1967) am Silberberg bei Davos (Fortsetzung 6), hrsg. von Hans Krähenbühl, in: *Bergknappe* 45, 3/1988, S. 4–9, hier S. 8.

62 Dabei war schon Landammann Hitz von Fremdkapital (Handelsgesellschaft Schinz, Zürich) abhängig gewesen.

63 Gottfried Ludwig THEOBALD, *Naturbilder aus den Rhätischen Alpen*, Chur 1860, S. 85.

64 La Nicca wollte vor allem seine Strasse gegen die Landquart schützen. Dazu errichtete er vier grosse Querdämme (Traversen) mit Wuhrköpfen aus Stein, verwendete aber schlechtes Material (verwitterten Schiefer). Tatsächlich wurde die Strasse in der Folge mehrfach von Hochwasser beschädigt; THÖNY (wie Anm. 21), S. 121.

65 Ebd. S. 121–126. Vgl. auch Mathias THÖNY, *Lawinen- und Wasserschaden, Wuhrarbeiten und Kolmatierung im Prättigau*, Schiers 1909 (3. Aufl. 1911).

66 3., vermehrte und verbesserte Auflage, bearbeitet von Christian Tarnuzzer, Chur 1893, S. 99–100.

67 Vielleicht hat ihn der Ausbruch der Landquart 1891 allzu sehr beeindruckt. Dieser forderte in Schiers ein Stück Ackerland und einige zum Wuhren gehauene Obstbäume; THÖNY (wie Anm. 21), S. 121.

68 Georg FIENT, *Ernstes und Heiteres* [1901], neu abgedruckt in: *Heimatluft. Prättigauer Art und Unart*. Schiers 1975, S. 28. In der 4. Auflage von Theobalds «Naturbildern» (Chur 1920, S. 80) pflichtet auch Tarnuzzer bei: «Die von den früherern Ausbrüchen der Landquart schrecklich verwüsteten Felder sind durch langdauernde Kolmatierungen vielfach wieder fruchtbar und blühend gemacht worden.»

Lic. phil. Florian Hitz (Klosters/Zürich) ist Historiker. Der vorliegende Beitrag über die Mediationszeit im nördlichen Graubünden ist eine überarbeitete Version eines Referates, das er am 8. Mai 2003 in Schiers gehalten hat.